

Beschlüsse

Antrag Nr. 2:

Paritätsbericht

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Parlament einen Paritätsbericht wie ihn das Land Rheinland-Pfalz vorgelegt hat (jeweils als Landtagsdrucksache) zu initiieren, für

- a) die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014 differenziert nach
 - Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen und
 - tatsächlich gewähltem Frauenanteil
 - Listenplätzen von Frauen und deren Auswirkung auf den Wahlerfolg

- b) die Ergebnisse der Landtagswahlen 2016 differenziert nach
 - Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen
 - tatsächlich gewähltem Frauenanteil
 - Konkurrierende Kandidaturen von Männern und Frauen und deren Ergebnisse
 - Erst- und ZweitkandidatInnen
 - aussichtsreiche und nicht aussichtsreiche Wahlkreise

Die Berichte sind anhand der Zahlen des Statistischen Landesamts und (freiwilliger) Befragungen der Parteien und Wählergruppen in den Wahlkreisen zu erstellen.

Der Bericht über die Kommunalwahlen soll bis zum Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, der Bericht über die Landtagswahlen zum Jahresende 2016 vorliegen.

Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, vergleichbare Auswertungen zu den parteiinternen Ergebnissen zu erstellen.

Antrag 3:

Rollierende Sitzungsorte des ASF-Bundesausschuss

Der ASF-Bundesvorstand wird aufgefordert, künftig die Bundesausschusssitzungen rollierend an unterschiedlichen Orten in verschiedenen Landesverbänden auszurichten.

Antrag 4:

Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem Europa der Austerität

Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hatte in den Ländern, die besonders von den Krisen betroffen waren, verheerende soziale Folgen. Das Dogma der ausgabenseitigen Konsolidierung hat weder zur postulierten gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, noch zu einer Trendwende bei der Staatsverschuldung geführt. Im Gegenteil: Durch strikte Einsparungsvorgaben und eine sehr schwache Investitionstätigkeit ist eine Abwärtsspirale in Gang gebracht worden, deren Ergebnis hohe Arbeitslosenquoten, eine Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme und Gesundheitssysteme, sowie eine stark zunehmende Armut und Armutsgefährdung ist.

Die von der Troika verordnete Austeritätspolitik hat sich nicht nur nicht gelohnt, sondern massiv zu einer wachsenden Ungleichheit in Europa beigetragen. Diese Ungleichheit stellt nicht nur das Projekt Europa in Frage, sondern wirkt auch in den einzelnen Staaten zunehmend demokratiegefährdend.

Als Sozialdemokratie haben wir es, spätestens seit der Europawahl 2014, verpasst, eine wirkliche Alternative zur Krisenpolitik à la Merkel und Schäuble tatsächlich einzufordern. In der großen Koalition wurden die europapolitischen Unterschiede zuweilen nahezu unsichtbar. Es ist jedoch nicht zu spät an unsere Beschlüsse und an unsere Vorstellungen von einem anderen, einem sozialen Europa anzuknüpfen.

Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Minister*innen und Parlamentarier*innen im Bund und Europa erneut auf, sich für einen sozialdemokratischen Umgang mit den Problemen in Europa einzusetzen und eine klare Alternative aktiv einzufordern.

Dies umfasst:

- Der Einsatz für eine Altschuldenregelung für besonders von der Krise betroffenen Staaten. Wir halten an unserer Forderung nach einem Schuldentilgungsfond fest. Auch ein Schuldenschnitt darf kein Tabu sein.
- Ein Ende der Austeritätspolitik. Wenn Formulierungen, wie xy muss „seine Hausaufgaben“ machen, gleichbedeutend mit weiteren Kürzungen im sozialen Bereich sind, müssen wir diesen eine klare Absage erteilen.
- Die Forderung nach einem wirklichen Investitionspaket und ein Ende der diesbezüglichen Augenwischerei. Mittel, die sowieso regulär von den einzelnen Staaten abgerufen werden können, stellen keine zusätzlichen Investitionen dar und dürfen auch nicht als solche ausgegeben werden.
- Der Einsatz für einen langfristigen Transfermechanismus und einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds, um wirtschaftliche Ungleichgewichte und regionale Unterschiede auszugleichen.
- Der Einsatz für eine demokratische Willensbildung und parlamentarische Kontrolle. Wenn Parlamente keine Entscheidung ohne Zustimmung der Troika treffen dürfen, ist die letzte rote Linie überschritten. Wir unterstützen die Parlamentarier*innen des Europaparlaments in ihrer Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle der Troika ebenso wie nach einer parlamentarischen Kontrolle der EZB.
- Der Einsatz für europaweite Mindeststandards im sozialen Bereich und im Gesundheitssystem. Diese Mindeststandards dürfen auch im Fall einer Krise nicht unterschritten werden. Im Gegenteil, sie sollen das dringend benötigte Netz zur sozialen

Absicherung darstellen. Alle Menschen in Europa müssen sich auf ein hohes Maß an sozialer Absicherung verlassen können.

- Die Erarbeitung eines Konzeptes zu einer Europäischen Arbeitslosenversicherung.
- Eine Offensive zur europaweit einheitlichen Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen. Privatisierungszwänge lehnen wir ab.
- Banken und Finanzinstitute sollen erhaltene Darlehen bzw. Gelder, die aus Steuermitteln finanziert wurden und die sie in der Finanzkrise erhalten haben, vollumfänglich zurückzahlen.

Antrag 6:

Rederecht für Mitglieder auf Parteitag

Im Statut der SPD Baden-Württemberg wird unter § 9 neu eingefügt:

„(4) Mitglieder der SPD Baden-Württemberg haben Rederecht auf dem SPD-Landesparteitag.“